

StD Müller berichtet, zu welchen Änderungen es abweichend zur ursprünglichen Planung gekommen ist, wie auch in den Sitzungsunterlagen aufgeführt. Sie geht auf die Kostensteigerung von 1. Mio. Euro im Personalkostensektor ein, davon wurden bereits 570.000 Euro im Nachtrag 2020 angemeldet. Ursächlich sind neben allgemeinen Tarif- und Stufensteigerungen unter anderem die Corona-Sonderzahlungen und Vertretungskosten durch Mutterschutz und Elternzeitvertretung.

RM Esser fragt, wieso sich die Unterhaltungskostenpauschalen für die Grundschulen quasi verdoppelt haben, sie hätte hier gerne mehr Details. Des Weiteren erklärt sie, dass die für den Bau der Kita Jungfernbusch veranschlagten Kosten einen Sperrvermerk benötigen, so lange es keine Einigung mit dem Landkreis gibt.

RM Heiden erkundigt sich ebenfalls nach mehr Details hinsichtlich der Unterhaltungskostenpauschalen. Er führt weiter aus, dass bereits im Jahr 2013 ein externer Planer beauftragt wurde und voraussichtlich nicht alle Ergebnisse dieser Untersuchung ausgeführt wurden. Daher sind die Planungskosten i.H.v. 50.000 Euro für die VGS Schortens überflüssig. Außerdem geht er auf das Haushaltssicherungskonzept ein, in dem festgelegt wurde, dass u.a. beim Badesee Geld durch die Bereitstellung von lediglich kalten Duschen gespart werden sollte.

RM Sudholz erklärt, dass ihr die Angaben nicht transparent genug sind. Sie benennt dafür exemplarisch, die Kosten für die Renovierung des Sanitärgebäudes am Klosterpark.

RM Striegl erklärt, dass ihm eine Umgestaltung des Geländes an der Grundschule Sillenstede im Haushalt fehlt. Außerdem die Aufnahme eines Parkplatzkonzeptes für den Sportplatz des TuS Sillenstede auch im Hinblick auf das Projekt Kunstrasenplatz dort. Des Weiteren fügt er hinzu, dass in den nächsten Jahren ein Austausch des Belages auf dem Kunstrasenplatz des HFC erfolgen muss, dies sollte bereits im Haushalt für die nächsten Jahre berücksichtigt werden. Weiter schlägt er vor, einen Termin für die Zielsetzung einer besseren Jugendbeteiligung und ein Konzept bis 2022 aufzunehmen. VA Gudehus erklärt, dass ein Konzept erst zum Ende des Jahres vorgelegt werden kann, da die Stelle momentan vakant ist. Es gab aber bereits Gespräche mit Vereinen, wie eine bessere Jugendbeteiligung aussehen könnte.

BM Böhling führt aus, dass ein Vertagen nicht klug ist und man überdenken sollte, zukünftig wieder im Finanzausschuss über den Haushalt zu beraten und vorher in den Fraktionen. Dies sollte der neue Rat entscheiden.

RM Just trägt seinen Antrag zu „Einsparungen beim Jugendzentrum Pferdestall“ vor. Er führt aus, dass er das seinerzeit beschlossene Konzept des Familienzentrums nicht weiter mittragen kann. Er fordert eine Reduzierung des Angebotes auf die allgemeine Jugendarbeit, um Kosten zu sparen.

RM Sudholz erklärt, dass die CDU nicht mit seiner Haltung übereinstimmt. Es wurde damals bewusst die Entscheidung für ein Familienzentrum getroffen. Ein Vergleich mit den Nachbarkommunen ist hier nicht von Bedeutung.

StD Müller erklärt, dass das Personal bei Umsetzung der von RM Just geforderten Maßnahmen halbiert werden würde. Sie weist darauf hin, dass es für das Team des Pferdestalls nicht angenehm ist, jedes Jahr erneut zu lesen, dass ihre Stellen zur Disposition stehen. So wirkt man nach außen nicht Mitarbeiter-freundlich.

RM Bödecker pflichtet StD Müller bei und erklärt, dass die SPD ebenfalls hinter dem Konzept des Pferdestalls steht.

RM Just erklärt, dass er weiterhin hinter seiner Forderung steht, das Angebot des Pferdestalls nur auf Jugendliche zu begrenzen. Er denkt nicht, dass dies negative Konsequenzen zur Folge hat. Er erklärt, dass es auch in Kommunen um Schortens herum wenige Probleme mit Jugendlichen gibt.

BM Böhling erklärt, dass Frau Gudehus genau die Arbeit macht, die vom Rat beschlossen wurde. Für ihn muss die Familienarbeit weiterhin einen hohen Stellenwert behalten.

RM Sudholz erklärt, dass ein Rahmen erhalten bleiben muss, indem die Jugend- und Familienarbeit am Bedarf orientiert arbeiten kann. Der Pferdestall soll eine Planungssicherheit für die Zukunft erhalten.

Ber. AM Wessel führt aus, dass auch beim Landkreis bzw. dem Jugendamt angefragt werden kann, wie viele Kontakte nur durch den Pferdestall hergestellt wurden.